

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 68. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. April 2009, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Ursula Sassen (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren über die Schweinegrippe	4
2. Engagement von Senioren in Beruf und Ehrenamt in Schleswig-Holstein fördern - Aufhebung aller diskriminierenden Altersbeschränkungen	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2395	
3. Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nord-europäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2450	
4. Verschiedenes	11

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss den Antrag der Abgeordneten des SSW betreffend Fortsetzung der kontrollierten Heroingabe in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1228 (neu), von der Tagesordnung ab. Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren über die Schweinegrippe

M Dr. Trauernicht legt dar, bereits mit Bekanntwerden des ersten Falls einer Erkrankung seien Informationen an relevante Organisationen und Institutionen im Land gegeben worden. Vorgestern, als die Einstufung in Pandemiewarngruppe IV ergangen sei, sei die Entscheidung getroffen worden, den Pandemieplan offiziell in Gang zu setzen und nach ihm zu arbeiten. Das bedeute im Kern, dass alle Beteiligten im Gesundheitswesen und darüber hinaus mit den Informationen die Gelegenheit gegeben werde, sich auf die neue Lage einzustellen. Die Abläufe seien im Pandemieplan Schleswig-Holstein bis ins Detail festgelegt.

In einer täglich im Lagezentrum einberufenen Runde gebe es die Gelegenheit, alle neuen Informationen zu erhalten und gegebenenfalls neue Entscheidungen zu treffen.

Im Kern gehe es darum, mögliche Infektionswege zu unterbrechen. Auf der Basis der Kommunikation mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem RKI seien die internationalen Flughäfen sehr im Blick gewesen. Auch der Flughafen in Lübeck sei Gegenstand der Betrachtungen gewesen. Angesichts der Tatsache, dass zweimal am Tag Maschinen aus London landeten, in denen Passagiere aus Mexiko sitzen könnten, sei entschieden worden, dass auch der Flughafen in Lübeck die Passagiere informiere und insbesondere die öffentlichen Gesundheitsdienste und das Universitätsklinikum in Lübeck darauf vorbereitet seien, professionell und zügig zu handeln, sollte es zu Verdachtsmomenten kommen.

Angesichts der hohen Nachfrage bei bundesweiten Hotlines sei eine schleswig-holsteinische Hotline geschaltet worden. Zehn Polizeibeamte seien von Mitarbeitern des Gesundheitsminis-

teriums geschult worden. In den ersten Stunden habe es ungefähr 20 Anfragen pro Stunde gegeben.

Auf Fachebene werde die Frage diskutiert, wie gefährlich die Grippe sei. Dazu gebe es noch keine abschließenden Meinungen. Es gebe allerdings Hinweise darauf, dass diese Grippe nicht so gefährlich sei wie die Vogelgrippe, und zwar sowohl vom Verlauf her als auch von der Möglichkeit, sie zu behandeln. Der zentrale Unterschied zur Vogelgrippe sei, dass es sich hier um eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung handele.

Abg. Dr. Garg macht deutlich, dass er sich gut informiert fühle und die bisherigen Aktionen begrüße. Er möchte wissen, ob die Bevorratung an Grippemitteln für ausreichend gehalten werde.

M Dr. Trauernicht vertritt die Ansicht, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der Tatsache, dass allein im staatlichen Bestand für über 300.000 potenziell erkrankte Menschen genügend Medikamente vorhanden seien und sich darüber hinaus in Krankenhäusern, in Betrieben, beim Großhandel, in Apotheken und in Arztpraxen weitere Medikamente befänden, die Menge ausreichend sei.

Sie macht deutlich, dass der Plan ein Rahmenplan sei, der der Fortschreibung bedürfe. Sollten sich Entwicklungen ergeben, die Korrekturen erforderlich machten, würden Entscheidungen kurzfristig herbeigeführt werden können. Die Bundesgesundheitsministerin sei gebeten worden zu klären, wie die tagtägliche Produktion von Grippemitteln weltweit sei. Letztlich stehe auch die Frage im Raum, ob mit einem möglicherweise jetzt vorgenommenen weiteren Ankauf von Mitteln staatlicherseits nicht die natürlichen Wege über die Apotheke eher blockiert würden.

Da das Ministerium in engem Kontakt mit der Apothekerkammer stehe, sei bekannt, dass die Apotheken Grippemittel nachbestellten. Diese seien der Ansicht, dass es eines weiteren Ausbaus des Bestandes staatlicherseits zurzeit nicht bedürfe.

Die Landesregierung beobachte die Situation und sei handlungsfähig. Sie habe allerdings den Eindruck, dass die Konzentration auf die Unterbrechung der Infektionskette zurzeit das Gebotene seien. Im Blick haben sollte man auch, dass ein relativ hoch entwickeltes Gesundheitswesen, gute hygienische Verhältnisse und ein handlungsfähiger Staat und Apparat vorhanden seien. Sie sei zuversichtlich, dass zurzeit vor dem Hintergrund der derzeitigen Erkenntnisse alles zum Schutz der Bevölkerung getan werde.

St Dr. Körner ergänzt, dass täglich eine interministerielle Arbeitsgruppe im Lagezentrum im Eichhof tage. Dazu gehörten auch Vertreter der Krankenhausgesellschaft, der Kassenärztlichen Vereinigung, die Ärztekammer und die Apothekerkammer. Sowohl Apothekerkammer als auch die Industrie- und Handelskammern hätten die Einschätzung, dass die Lage relativ ruhig sei und man mit zusätzlichen öffentlichen Bekanntmachungen eher Unruhe in die Bevölkerung hineinbringen würde.

Auf Nachfragen der Abg. Birk legt M Dr. Trauernicht dar, die Räumlichkeiten in den Krankenhäusern seien Teil des Pandemieplans. Die Frage, wie isoliert ein infizierter Patient untergebracht werden müsse, sei immer wieder neu zu definieren. Das sei Gegenstand der täglichen Erörterung. Es werde allerdings auch im Rahmen von anstehenden Sanierungsmaßnahmen entsprechende weitere Isolationsmöglichkeiten geben.

Herr Müller aus dem Sozialministerium antwortet auf eine Frage der Abg. Birk, die Inkubationszeit betrage maximal bis zu drei Tage. In dem Pandemieplan sei dargestellt, was in den entsprechenden Häusern an Isolationsmöglichkeiten vorhanden sei. Wenn man größere Mengen an Infizierten unterbringen müsse, sei die Frage einer Isolierung so nicht gegeben. Im Rahmen der Krankenhausplanung würden Isolierungsmöglichkeiten berücksichtigt.

M Dr. Trauernicht fügt hinzu, die Vogelgrippe sei insbesondere deshalb so gefährlich, weil sie häufig tödlich verlaufen sei. Bei der Schweinegrippe werde die Gefahr eines tödlichen Verlaufs auf 1:90 geschätzt. Sie bietet sodann an, den Ausschuss aktuell zu informieren, sobald sich eine dynamische Entwicklung entfalten sollte.

Abg. Eichstädt erkundigt sich nach Erkenntnissen, ob es verstärkt private Bevorratung von Medikamenten gibt.

St Dr. Körner erwidert, dass die Apothekerkammer derartige private Hamsterkäufe befürchte. Diese würden den Markt leerräumen, ohne dass sie für die Versorgung notwendig seien.

Auch Abg. Dr. Garg greift das Thema Hamsterkäufe und die Gefährlichkeit einer eventuellen Vorsichtsmedikation auf. St Dr. Körner legt dar, die Apothekerkammer gehe auf Kunden zu, um sie vor missbräuchlichen Effekten zu warnen und eher zu präventiven Maßnahmen aufzufordern.

M Dr. Trauernicht legt dar, die Apotheker rüsteten ihre Bestände entsprechend auf. Das sei nicht zu kritisieren. Auch die Hersteller der Medikamente hätten angekündigt, weitere Mengen liefern zu können. Es gebe keine Hinweise darauf, dass es zu Engpässen kommen könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Engagement von Senioren in Beruf und Ehrenamt in Schleswig-Holstein fördern - Aufhebung aller diskriminierenden Altersbeschränkungen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2395

(überwiesen am 26. Februar 2009 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Dr. Garg begründet kurz nochmals den Antrag und fragt nach Reaktionen aus den anderen Fraktionen.

Abg. Baasch hält den Antrag für zu undifferenziert. Ihm erschließe sich nicht, warum die in dem Antrag geforderte umfangreiche Auflistung erfolgen solle. So ergäben sich viele Altersbegrenzungen auch aus Bundesrecht. Für einleuchtender halte er eine Auflistung von Altersbegrenzungen im Rahmen des Ehrenamtes. Er legt in diesem Zusammenhang dar, dass Dr. Igl, Professor für Öffentliches Recht und Sozialrecht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, im Auftrag des Bundes ein Rechtsgutachten erstelle, das demnächst fertig gestellt werden solle. Er schlage vor, dieses abzuwarten und den Tagesordnungspunkt dann erneut aufzurufen.

Abg. Dr. Garg hält den Antrag für präzise. Er spricht sich insbesondere dafür aus, gegebenenfalls Altersbegrenzungen dann aufzuheben, wenn sie als diskriminierend empfunden würden. Es gehe ihm nicht darum, Schutzgrenzen anzutasten.

Abg. Franzen schließt sich den Ausführungen des Abg. Baasch an.

Abg. Birk hält es für notwendig, zwischen Mindestalter und Höchstalter zu unterscheiden. Im Zuge einer älter werdenden Gesellschaft müsse hier differenziert werden. Sie schlägt vor, die Vorstellung der Studie abzuwarten, aber gleichzeitig auf Landesebene Altersbegrenzungen aufzulisten. Ihr gehe es insbesondere darum, Spielräume zu öffnen.

St Dr. Körner konkretisiert, das Bundesfamilienministerium habe ein Gutachten über Altersgrenzen und öffentliche Teilhabe in Auftrag gegeben. Er legt weiterhin dar, dass die meisten Altersregelungen bundesrechtliche Regelungen seien.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, auf die Vorlage des auf Bundesebene zu erwartenden Gutachtens zu warten und dann den Antrag erneut aufzurufen.

Außerdem bittet er das Justizministerium, ihm eine Auflistung über Altersbegrenzungen bei Schöffen zur Verfügung zu stellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am
Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2450

(überwiesen am 27. Februar 2009 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [16/4073](#), [16/4185](#)

Abg. Dr. Garg führt aus, dass im Finanzausschuss zusätzliche Fragen gestellt worden seien. Er regt an, die Antworten darauf abzuwarten, und den Punkt dann erneut aufzurufen. - Der Ausschuss schließt sich dem an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Birk schildert im Zusammenhang mit der Pflichtaufgabe des Landes **Schwangerschaftskonfliktberatung** die finanzielle Notsituation von mehreren Beratungsstellen, die dem DPWV zuzuordnen seien. Sie sagt zu, dem Ministerium konkrete Fragen zuzuleiten. St Dr. Körner sagt zu, diese dem Ausschuss gegenüber schriftlich zu beantworten.

Abg. Dr. Garg regt an, künftig bei komplexen Themen entweder das Thema für eine mündliche Berichterstattung in der Ausschusssitzung anzumelden oder eine Kleine Anfrage zu stellen.

Der Ausschuss kommt überein, den DPWV um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

Das Thema soll beraten werden, wenn die Stellungnahmen vorliegen.

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass der Innen- und Rechtsausschuss am 13. Mai 2009, 14 Uhr, eine Sitzung zum Thema **Jugendkriminalität** durchführen werde und die Mitglieder des Sozialausschusses dazu eingeladen seien.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin